

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Samstag, 18. Dezember 1965

Blatt 3688

Die Straßenbahn am Heiligen Abend

=====

18. Dezember (RK) Die Direktion der Wiener Verkehrsbetriebe teilt mit: "Um den Wünschen des Fahrpersonales entgegenzukommen, daß ein möglichst großer Teil das Weihnachtsfest im Kreise seiner Familien zu feiern in der Lage ist, wird auch heuer die bereits seit einigen Jahren geübte Praxis bei der Erstellung der Fahr- und Dienstpläne Anwendung finden.

Am 24. Dezember werden die Fahrpläne der Straßenbahn- und Autobuslinien so erstellt, daß vom Betriebsbeginn bis in die Abendstunden normaler Verkehr geführt wird. Nach 19 Uhr bis Betriebs-schluß wird jedoch ein eingeschränkter Verkehr mit Zugs- und Wagenfolgen zwischen 10 und 20 Minuten geboten. Die Stadtbahn wird normal verkehren. Dadurch wird erreicht, daß einerseits insgesamt weniger Fahrbedienstete als an einem normalen Werktag Dienst leisten und daß überdies möglichst wenige Fahrbedienstete am späten Abend im Dienst belassen werden müssen. Mit anderen Worten, es kann die Mehrheit der Bediensteten das Weihnachtsfest noch dem Dienstende feiern, die am Abend Dienstleistenden jedoch vor ihrem Dienst-antritt.

In diesem Winter:

Sechs Rodelstraßen in Wien

=====

18. Dezember (RK) Mit einer soeben erschienenen Verordnung des Wiener Magistrates wurde die Zahl der Wiener Rodelstraßen neu festgesetzt. Für die gefahrlose wintersportliche Betätigung der Großstadtkinder stehen demnach in diesem Winter folgende, bei entsprechender Schneelage für den Fahrzeugverkehr gesperrte Rodelstraßen zur Verfügung:

- 4, Draschepark, beide Randwege zwischen Kolschitzkygasse beziehungsweise Hauslabgasse und Seisgasse;
- 12, Schwenkgasse von Spittelbreiten- bis Tivoligasse;
- 15, Eduard Sueß-Gasse von Meiselstraße bis Märzstraße;
- 18, Edmund Weiß-Gasse von Littrowgasse bis Türken-scharzstraße;
- 18, Leschetitzkygasse zwischen Spitzergasse und Dürwaringerstraße;
- 19, Unterer Schreiberweg ab Mukentalerweg bis zur Grundstücksgrenze Unterer Schreiberweg 105/107.

Um die Zu- und Abfahrt von Anrainer- und Lieferfahrzeugen zu gewährleisten, kann bei der Magistratsabteilung 46 (Technische Verkehrsangelegenheiten) um Ausnahmegewilligungen vom Fahrverbot in Rodelstraßen angesucht werden.

Wie bereits in der Sitzung der Wiener Straßenverkehrskommission am 30. November angekündigt wurde, wird das Wiener Stadtgartenamt auch das Rodeln in einigen Parkanlagen tolerieren - allerdings auf eigene Gefahr, weil dort eine Überwachung nicht möglich ist.

- - -

Seminaristen der "Jungen Generation" im Rathaus
=====

18. Dezember (RK) Heute früh empfingen die Stadträte Bock, Pfösch und Sigmund im Roten Salon des Wiener Rathauses 40 Teilnehmer des Seminars für Kommunalfragen der "Jungen Generation" Wien der Sozialistischen Partei Österreichs. Die Teilnehmer wurden vom Obmann der Jungen Generation Wien, Gemeinderat Ing. Hofmann, vorgestellt, der auch auf die staatsbürgerliche Bedeutung des eineinhalbjährigen Seminars, das nunmehr beendet ist, hinwies. Die Stadträte Bock, Pfösch, und Sigmund dankten den jungen Menschen für ihr Interesse an der Kommunalpolitik ihrer Heimatstadt.

Die Seminaristen wohnten anschließend der Budgetdebatte in Gemeinderats-Sitzungssaal bei.

- - -

Die Budgetberatungen im Rathaus:Das Wiener Wohnungswesen
=====

18. Dezember (RK) Am heutigen neunten Tag der Budgetberatungen im Wiener Rathaus wurde die Verwaltungsgruppe IX (Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen) behandelt. Stadtrat Franz Glaserer (SPÖ) führte in seinem Referat aus:

"Den Bericht über das Wiener Wohnungswesen im Zusammenhang mit den Ansätzen des IX. Hauptstückes darf ich heute zum 12. Male erstatten.

Sie, meine Damen und Herren, sind mit den Wohnverhältnissen unserer Stadt - mit den Wiener Wohnungsproblemen - derart vertraut, daß es mir ganz überflüssig erscheint, einzelne Probleme besonders zu erörtern.

Wenn ich trotzdem der Meinung bin, einiges zur Situation von heute sagen zu müssen, so ist unsere Vormerkungs-Statistik der eigentliche Anlaß hiezu.

Qualitatives Wohnungsproblem

Diese Vormerkungs-Statistik zeigt wohl abermals - so wie in den Vorjahren - ein Sinken der Zahl der vorgemerkten Wohnungsuchenden. Aber im Vergleich zur Wohnbautätigkeit der Gemeinde Wien muß dieses Sinken - von den mit der Situation nicht Vertrauten - als gering angesehen werden, obwohl die Statistik gegenüber dem Vorjahr immerhin um 824 Vorgemerkte weniger ausweist. Erlauben Sie, daß ich hiezu einige Bemerkungen mache:

Betrachten wir zunächst die Bevölkerungsbewegung der letzten zehn Jahre, die vom bevölkerungspolitischen Standpunkt her gesehen, eine durchaus erfreuliche Entwicklung genommen hat.

Die Zahl der Eheschließungen ist von Jahr zu Jahr gestiegen. Gab es 1955 13.156 neue Ehen, so waren es im Vorjahr 14.847.

Noch mehr ist die Zahl der Lebendgeburten gestiegen. 1955 gab es 11.839, 1964 stieg die Zahl der Lebendgeburten auf 19.952, um 68 Prozent als 1955.

Diese wenigen Zahlen aus nur zwei Statistiken allein zeigen uns schon, daß eine solche Entwicklung - so erfreulich sie ist - natürlich eine nicht geringe Auswirkung auf die Wohnverhältnisse unserer Stadt haben muß.

Die Statistik verzeichnet weiter - und wir nehmen auch dies mit großer Befriedigung zur Kenntnis - daß Wissenschaft und sozialer Fortschritt unsere Lebenserwartung beträchtlich erhöht haben.

Es wird zwar vielfach von einer Überalterung unserer Stadt gesprochen, aber die Zahl der Sterbefälle ist konstant geblieben. Das bedeutet, daß das Manko zwischen Lebendgeburt und Sterbefall immer kleiner geworden ist. 1964 hat die Zahl der Sterbefälle die der Lebendgeburten nur mehr um 5.834 überschritten.

Dieses Manko wird durch den Zuzug aus den Bundesländern wettgemacht.

Wir wissen, Wien braucht, wie jede Großstadt, diesen Zuzug zur Blutauffrischung. Wien braucht aber auch dringend die Arbeitskraft dieser zuziehenden Menschen. Insbesondere nach Abzug der Besatzungsmächte stieg der Zuzug an, aber auch der Abgang. Das heißt, die Wanderbewegung zwischen Wien und den Bundesländern - zum Teil auch Ausland - ist beachtlich größer geworden.

Die Wanderbewegung 1964 verzeichnet nicht weniger als 132.506 Zuwanderer. Dem steht ein Abgang von 102.970 gegenüber. Das ergibt einen Überschuß von rund 30.000 Menschen. In den letzten zehn Jahren betrug dieser Überschuß mehr als 220.000 Menschen.

Es gibt gar keinen Zweifel, daß eine solche Wanderbewegung auf Wiens Wohnverhältnisse eine bedeutende Auswirkung haben muß.

Bei Abwanderungen wird in den wenigsten Fällen eine Wohnung mietrechtlich frei. Bei den Zuwanderungen hingegen wird fast immer eine Wohngelegenheit benötigt, wenn ich von denen, die in den Kreis ihrer Familie zurückkehren, absehe.

Aber auch hier entsteht sehr oft durch die Rückkehr Überbelag.

Eine überbelegte Wohnung ist für die darin Lebenden nie angenehm. Handelt es sich aber noch dazu um eine schlechte Wohnung, muß ein Überbelag doppelt schwer empfunden werden.

Nun stammen von unseren, nach dem Stand vom 21. März 1961 insgesamt 675.774 Wohnungen, 431.714 aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg. Von den aus der sogenannten Gründerzeit stammenden Wohnungen sind 230.000 nicht nur Kleinwohnungen, sondern weisen auch alle die, uns zur Genüge bekannten, Mängel auf.

Wer soll sich da noch wundern und könnte es nicht verstehen, wenn die in derartigen Wohnungen Lebenden - insbesondere angesichts der Neubautätigkeit in unserer Stadt - nicht das Verlangen nach einer gesunden, modernen und genügend großen Wohnung hätten.

Dies zeigt, wie ich glaube, sehr deutlich, daß noch viele Jahre das qualitative Problem eines der vordringlichsten bleiben wird.

Wenn ich über den privaten Wohnungssektor spreche - und insbesondere über diese für Wien typischen Mietzinswohnungen - ist es unvermeidbar, auch über die Preise zu reden, die für eine derartige, vermietbar gewordene Wohnung ganz offen begehrt werden.

Ich erspüre mir die Beträge zu nennen, denn Sie können diese in den verschiedenen Zeitungsannoncen oder auf den Anschlägen der verschiedenen Wohnungsvermittlungen selbst nachlesen. Den Wohnungsuchenden ist dabei unverständlich, daß es in unserem Land niemand gibt, der diesem verantwortungslosen Treiben Einhalt gebieten könnte. Ein Zustand, den außer den Nutznießern dieser Praxis, wirklich niemand verstehen kann.

Ich kann daher nur erneut feststellen, welcher großer Fehler es war, nach Ablauf des sogenannten Neuvermietungsgesetzes - 30. Juni 1958 - keine neue gesetzliche Regelung zu schaffen.

Auf die Folgen dieser Unterlassung habe ich ebenfalls schon wiederholt hingewiesen. Tausende Wohnungen stehen leer, tausende werden gehortet, tausende werden durch Umwandlung dem Wohnzweck entzogen.

Inner häufiger müssen wir feststellen, daß anstelle von normalen Mietverträgen bloß ein Untermietverhältnis geschaffen wird, um auf diese Art die gesetzlichen Mietzinsbestimmungen und mehr umgehen zu können.

Angesichts dieser Erscheinung darf man sich nicht wundern, wenn die Zahl, der bei der Gemeinde Wien in Vormerkung geführten Fälle, nur sehr langsam sinkt.

7.673 Wohnungen zugewiesen

In der Zeit vom 1. Jänner bis 30. November 1965 mußte die Magistratsabteilung 50 5.642 Wohnungsuchende neu in Vormerkung nehmen. Mehr als 7.000 Ansuchen mußten abgelehnt werden, weil bei diesen die im Bundesgesetz vom 3. Dezember 1956 und der Verordnung der Wiener Landesregierung vom 11. Dezember 1956 für eine Vormerkung festgelegten Erfordernisse nicht erfüllt waren. Diese Bestimmungen werden von der Magistratsabteilung 50 nach wie vor angewendet.

Mit 30. November 1965 ergibt sich folgender Stand an Vormerkungen: 894 wegen Einsturzgefahr, 3.874 wegen bestehender und drohender Obdachlosigkeit, 144 wegen Seuchenerkrankung, 16.832 wegen Überbelages, 6.190 wegen gesundheitsschädlicher Wohnungen, 1.024 wegen getrennten Haushaltes. Das sind zusammen 28.958 Vormerkungen.

Unsere Zuweisungsgruppe hat in der Berichtszeit 7.673 Wohnungen zugewiesen und zwar 2.126 an Familien aus einsturzgefährdeten oder wegen Assanierung freizumachenden Häusern, 63 an Tbc gefährdete Familien, 1.869 an Familien aus überbelegten Wohnungen, 598 an Familien aus gesundheitsschädlichen Wohnungen, 156 an getrennt wohnende Ehepaare, 2.814 an Fälle gegen sozialen Notstandes und Mietrechtsübertragungen, 47 an alleinstehende Personen, die von einer größeren auf eine kleinere Wohnung umsiedelten. Zusammen also 7.673 Wohnungen.

In der Zahl 'sozialer Notstand' ist auch die Absiedlung von 524 Hauswarten enthalten und zwar 124 aus Gemeindewohnungen, 400 aus Privathäusern.

154.371 Gemeindewohnungen

Die Wohnhäuserverwaltung, die größte Gruppe der Magistratsabteilung 52, hat vom 1. Jänner bis 30. November 1965 in Neubauten 3.987 Mietobjekte in ihre Verwaltung übernommen, davon waren 3.729 Wohnungen und 258 Geschäftsräume.

Wenn man auch die im Laufe des Jahres von der Stadt Wien gekauften 79 Althäuser mit 532 Wohnungen und 146 Geschäftsräumen dazuzählt, dann ergibt dies mit dem Stichtag vom 30. November 1965 insgesamt 162.170 Mietobjekte, und zwar 154.371 Wohnungen und 7.799 Geschäftsräume, die von der Wohnhäuserverwaltung betreut werden.

Die Zahl der Wohnungen für 'Alte Leute' hat sich im Berichtsjahr auf 585 erhöht.

Durch Abtragung von Althäusern und Zusammenlegung von Kleinwohnungen - dieses Jahr sind durch Zusammenlegung 16 Duplex-Wohnungen geschaffen worden - ist ein Abgang von 451 Wohnungen und 126 Geschäftsräumen gegeben.

Duplex-Wohnungen sind, wie bekannt, Kleinwohnungen, die in den Jahren 1950 bis 1954 in der Absicht geschaffen worden sind, zwei dieser Kleinwohnungen später, wenn die Lage auf dem Wohnungssektor es ermöglicht, zu einer Wohnung zusammenzulegen.

Ebenso bekannt sind die Schwierigkeiten, die auftreten, wenn einmal eine solche Zwillingswohnung mietrechtlich frei wird. Es ist dann meistens nicht möglich, auch die zweite Wohnung freizumachen. Die Mieter der freizumachenden Wohnungen führen die verschiedensten Gründe an, warum sie aus den Wohnungen nicht weg wollen und lehnen in der Folge jede angebotene Ersatzwohnung ab.

Wirtschaftlich wäre es natürlich am besten, wenn alle in einem Stiegenhaus gelegenen Duplex-Wohnungen zugleich freigebracht und umgebaut werden könnten. Wenn dies auch nur ein Wunschtraum der Verwaltung bleiben wird, wollen wir trotzdem weiterhin alles daransetzen, um Schritt für Schritt diese Wohnungen zusammenzulegen, so wie es seinerzeit geplant und versprochen worden ist.

5.972 Wohnungen mit Zentralheizung

Die Zahl der zentralbeheizten Wohnungen hat sich bis 30. November 1965 um 1.308 erhöht und beträgt jetzt 5.972.

Unsere städtischen Wohnhäuser sind bekanntlich mit Aufzügen ausgestattet. Wir werden im kommenden Berichtsjahr den tausendsten Aufzug in Betrieb nehmen können, da wir jetzt schon über 997 Aufzüge verfügen.

In der Montagebauweise sind im laufenden Jahr 1.041 Wohnungen und 38 Lokale geschaffen worden.

Diese Wohnungen sind wegen ihres vorteilhaften Grundrisses und ihrer ausgezeichneten Ausstattung sehr begehrt. Ein Teil dieser Wohnungen ist mit Einbauschränk im Vorzimmer und mit Kücheneinrichtung versehen. Der zukünftige Mieter hat die Wahl, eine Wohnung mit diesen Einrichtungsgegenständen, oder ohne sie zu nehmen.

Durch Serienherstellung wurde für die kommenden Mieter die Möglichkeit geschaffen, die Möbelstücke preiswert zu erwerben. Diese Möbel sind nicht der Verwaltung, sondern der Lieferfirma zu bezahlen.

In den Montagebauten im 22. Bezirk, Bernoullistraße 4-8, sind auch erstmals Gemeinschaftsantennen für das Fernsehen errichtet worden. Für diese ist ein einmaliger Baukostenbeitrag von 300 Schilling zu leisten. Die Errichtung von Fernsehantennen durch die einzelnen Mieter wäre für diese nicht nur mit wesentlich höheren Spesen, sondern noch mit vielen anderen Schwierigkeiten verbunden.

In den ersten zehn Monaten des heurigen Jahres wurden 568 Ansuchen um Wohnungstausch eingereicht, von denen 437 genehmigt werden konnten, die übrigen mußten abgelehnt werden, oder wurden von den Antragstellern zurückgezogen.

Bei der Behandlung der Tauschansuchen wird äußerst tolerant vorgegangen, doch müssen selbstverständlich Täuschung, durch die ein Überbelag entsteht, oder bei denen es sich um fingierte Wohnungsübertragungen handelt, abgelehnt werden.

In diesem Jahr hat die Wohnhäuserverwaltung damit begonnen, die bei den städtischen Wohnhausanlagen nach den Bestimmungen des Wiener Garagengesetzes auf Privatgrund der Stadt Wien geschaffenen Personenkraftwagen-Einstellplätze in Einzelabstellplätze abzuteilen.

Diese Einzelabstellplätze sind nicht unsere Erfindung. Die Anregung kommt von den autofahrenden Mietern, die jederzeit einen gesicherten Parkplatz haben wollen. Zurzeit werden Versuche in dieser Hinsicht unternommen, ob sich diese bewähren, wird sich bald herausgestellt haben.

Im Jahre 1966 rechnet die Wohnhäuserverwaltung mit Ausgaben von insgesamt 416 Millionen Schilling, wovon 98 Millionen für die Erhaltung der Wohnhausanlagen bestimmt sind. In diesen 416 Millionen ist auch die Wertabschreibung von 100 Millionen Schilling enthalten.

Die Einnahmen werden mit rund 360 Millionen Schilling angenommen. Unter Außerachtlassung der Wertabschreibung betragen die Ausgaben 316 Millionen Schilling. Dies bedeutet, daß wir für 1966 imstande sind, fast die Hälfte der Wertabschreibung aufzubringen.

Siedlungs- und Kleingartenwesen

Bei der gleichfalls zur Magistratsabteilung 52 gehörigen Gruppe Siedlungs- und Kleingartenwesen ist zu berichten, daß im abgelaufenen Zeitraum Baurechte für eine Bodenfläche von 145.135 Quadratmeter bestellt worden sind, sodaß mit heutigem Stichtag 5,811.796 Quadratmeter Bodenfläche baurechtlich genutzt werden.

Zur Errichtung eines städtebaulichen Zentrums im Gebiete der im 21. Bezirk gelegenen Großfeldsiedlung wurden in der Egon Friedell-Gasse, Schererstraße, Michaelstraße und Rieglgasse bisher 40 Siedlerstellen im Ausmaß von 98.014 Quadratmeter freigemacht.

Den Kleingärtnern stehen derzeit rund 5,970.000 Quadratmeter zur Verfügung. Diese Zahl hat sich gegenüber dem Vorjahr fast nicht verändert.

Das Erntelandgebiet hat sich gegenüber dem Vorjahr auch nur unwesentlich um 10.000 auf 583.000 Quadratmeter vermindert.

Einer weiteren Gruppe der Magistratsabteilung 52 obliegt die Verwaltung der Obdachlosenheime.

In den Herbergen für Obdachlose gab es in der Zeit vom 1. Jänner bis 30. November 1965 460.954 Nächtigungen. Gegenüber dem Vorjahr ist ein leichtes Ansteigen der Nächtigungen festzustellen.

Im Familienheim 3, Gänsbachergasse, sind mit Stichtag 30. November 1965 81 Familien mit 332 Personen und im Heim 12, Kastanienallee 84 Familien mit 332 Personen untergebracht.

Die Durchschnittsfrequenz pro Nacht in allen Herbergen beträgt 1.380 Personen.

Für die Durchführung von Instandhaltungsarbeiten sowie Verbesserungsarbeiten dieser Heime ist im Voranschlag ein Betrag von 1.440.000 Schilling vorgesehen.

Im Lager Auhof sind derzeit 447 Räume von 302 Familien mit insgesamt 1.192 Personen bewohnt.

Als letzte Gruppe im Rahmen der Magistratsabteilung 52 möchte ich die Amtshäuserverwaltung erwähnen, die mit Stichtag 30. November 1965 144 Objekte verwaltet und zwar in Wien 86 Amtshäuser und 52 Häuser für verschiedene Zwecke, außerhalb Wiens 6 Amtshäuser, bei denen es sich um Kindererholungsheime handelt.

Wohnhäusererhaltung

Die Arbeiten der Abteilung 27, Wohnhäusererhaltung, beschränken sich nicht allein auf die reine Erhaltung des städtischen Wohn- und Treuhandbesitzes, sondern es werden auch Verbesserungen an städtischen Wohnhausanlagen, an den Wohnhausgärten, in bestehenden Waschküchen usw. durchgeführt.

Neben der Sanierung von Althäusern werden Demolierungen von alten Wohnobjekten in verstärktem Ausmaß vorgenommen. Im abgelaufenen Jahr wurden 60 Objekte abgetragen.

Soweit es die finanziellen Mittel erlaubten und das E-Werk auch Kabellegungen durchführte, beziehungsweise Trafostationen

errichten konnte, wurden Verbesserungen der Anspeise- und Steigleitungen durchgeführt. Diese Verbesserungen in der Stromversorgung werden im Jahre 1966 fortgesetzt werden.

In den Siedlungen des 22. Bezirkes wurden 200 Siedlungsobjekte an das Kanalnetz angeschlossen und die bisherigen Senk- und Sickergruben aufgelassen.

Wie in den Vorjahren wurden auch 1965 in mechanischen Waschküchen alte, kohlebeheizte, oder unbrauchbar gewordene Waschmaschinen gegen gasbeheizte ausgewechselt und die hierfür notwendigen Installationen in 205 Waschküchen vorgenommen. Drei **Waschküchen** wurden erstmalig mechanisiert.

Erfreulicherweise kann wieder festgestellt werden, daß sich die mechanischen Waschküchen großer Beliebtheit bei den Mietern, beziehungsweise Hausfrauen erfreuen.

Unsere Waschküchenaktion wird natürlich auch im Jahre 1966 fortgesetzt.

Nun etwas, das ich jedes Jahr anläßlich der Budgetdebatte feststellen muß:

Bei einiger Sorgfalt der Mieter gegenüber dem Mietgegenstand, den Wohnobjekten und Wegen, den Kinderspielplätzen und Hausgartenanlagen, den Waschküchen und Aufzügen, wäre es möglich, so manchen Mehraufwand zu vermeiden.

Im Jahre 1966 wird erstmalig der Versuch unternommen, in einem Schwerpunktprogramm Anlagen hundertprozentig, das heißt in einem Zug, instandzusetzen. Allerdings wird eine solche vollständige Instandsetzung bei den ganz großen Wohnhausanlagen in einem Jahr kaum möglich sein.

Ob diese Art von Instandsetzung auch in Zukunft gehandhabt werden kann, wird dieser Versuch zeigen.

Und nun lassen Sie mich zum Abschluß, meine Damen und Herren des Gemeinderatsausschusses IX, Ihnen meinen herzlichsten Dank für die gute Zusammenarbeit während des abgelaufenen Jahres aussprechen.

Gleichzeitig gilt mein Dank auch allen Mitarbeitern meiner Geschäftsgruppe, die stets bestrebt sind, ihr Bestes zum Wohle der **Wohnungsuchenden** zu geben."

Debatte über Wohnungswesen

=====

In der Spezialdebatte behandelt zunächst GR.Dr.Helene Stürzer (ÖVP) das Problem alter Mensch und Wohnungen. Es wurden für die alternden Menschen verschiedene Vorkehrungen getroffen, wie Krankenhäuser, Heime. Aber es bleiben sehr viele alte Menschen übrig, die genügend rüstig wären, in einer eigenen Wohnung zu leben, wenn sie eine bekämen. Dazu gehören auch die alten ehemaligen Hausbesorgerehepaare. Vor Jahren hat die Gemeinde Wien begonnen, Wohnungen für alte Menschen zu bauen. Nun geht aber aus einer vom Stadtrat gegebenen Beantwortung einer ÖVP-Anfrage hervor, daß auf Grund gewonnener Erkenntnisse der Bau von Wohnungen für alte Leute stark reduziert werden soll. Aber man muß doch bedenken, wieviel Glück es für alte Menschen bedeutet, wenn sie ihren Lebensabend in einem eigenen Heim verbringen können! Darum unsere Forderung, doch wieder mehr Wohnungen für alte Menschen zu bauen.

Auch alleinstehende - meist berufstätige - Frauen sollten nicht gezwungen sein, womöglich ihr ganzes Leben in Untermiete zuzubringen. Es ist für sie eine starke seelische Belastung. Hier sollte man durch den Bau von Garconnières nach allen Systemen - Sozialbau, Montagebau usw. - abhelfen.

GR. Maller (KLS) anerkennt, daß es sich bei der Geschäftsgruppe IX um eines der schwersten Arbeitsgebiete handelt. Weder der Stadtrat noch die Beamten haben es leicht, denn sie stehen unter dem Druck der Wohnungssuchenden wie auch der intervenierenden Mandatäre.

Wir stehen vor Nationalratswahlen, und es ist nicht das erste Mal, daß es zu Wohnungswahlen mit drohenden Mietzinserhöhungen im Hintergrund kommt. Es sind Angstwahlen. Hinter dem Terminus Wohnungsprobleme verbergen sich Menschenschicksale: jene, die ins heiratsfähige Alter kommen, Familien, die in gesundheitsschädlichen oder kraß überbelegten Wohnungen hausen, Untermieter, jene die einen erhöhten Mietzins zahlen müssen, und alte Mitbürger, die in höheren Stockwerken wohnen und denen der Hausherr keinen Wohnungstausch gestattet. Gerade hier muß

an die ÖVP appelliert werden, ihren Einfluß bei den Hausherrn geltend zu machen, damit sie ein solches unmenschliches Verhalten ablegen. (Zwischenrufe bei der ÖVP.) Es ist nicht wegzuleugnen, daß die Volkspartei eine Hausherrnpartei ist! Sie verleugnet nur ihre Vergangenheit. Sie leugnet nicht nur, daß sie etwas mit den Hausherrn zu tun hat, sie verleugnet auch, daß sie etwas mit der Christlichsozialen Partei zu tun gehabt hat. Offensichtlich hat sie den Namen nur abgelegt, weil ihr der Terminus "sozial" nicht gepaßt hat. Sie kann auch nicht verleugnen, daß sie, weil sie zwischen 1934 und 1938 den sozialen Wohnbau unterbrochen hat, einen großen Teil Schuld an der krassen Wohnungsnot trägt. (Widerspruch bei der ÖVP. - GR. Lanc zur ÖVP: Seien Sie nicht so empfindlich, Sie sind doch eine neue Partei!)

Die Menschen haben unabhängig von Nationalratswahlen ein Recht, zu erfahren, wie sich die beiden Regierungsparteien die Lösung des Wohnungsproblems vorstellen. Da genügt es ganz einfach nicht, einen dritten Termin zu stellen. Die Bevölkerung will soziale Lösungen. Die Wohnungsfrage geht hunderttausende Wiener Familien persönlich an, aber für eine dünne Schicht ist die Wohnung nur ein Objekt der Bereicherung. Hunderte Millionen Schilling werden in Wien allein an Ablösen bezahlt; das ist ungesetzlich und somit ein steuerfreier Sonderprofit der Hausherrn. Zu gleicher Zeit hört man aus demselben Lager den Vorwurf, an die Wohnungsbewerber, sie wollen sich eine Wohnung von der öffentlichen Hand schenken lassen. Es wäre an der Zeit, den Wohnungsschacher einen Riegel vorzuschieben. Ausschließlich das Wohnungsamt sollte das Recht haben, Wohnungen zu vergeben. Durch das Fehlen des Wohnungsanforderungsrechts und die ungenügende Wohnbautätigkeit ist es sehr schwer, die wenigen vorhandenen Wohnungen gerecht zu vergeben. Die Stadtverwaltung macht es aber dem Wohnungsamt noch schwerer, weil die Wohnungsvergebung nicht unter öffentlicher Kontrolle steht. Zufrieden können mit dem derzeitigen Zustand nur die Hausherrn sein. Der Bevölkerung ist noch zuwenig bekannt, wie in Österreich rund um die Wohnung verdient wird. Die Bodenspekulanten nützen die Situation aus und arbeiten mit Gewinnen von 800 bis 1.000 und mehr Prozent.

Die Baupreise könnten um 15 bis 20 Prozent niedriger sein.

Die Gemeinde allein kann das Wohnungsproblem nicht lösen. Dazu müssen auf Bundesebene verschiedene Voraussetzungen geschaffen werden.

Der Redner forderte gesetzliche Maßnahmen gegen den Wohnungsschacher, gegen überhöhte Grund- und Baupreise sowie für das Recht auf Wohnungstausch und für einen Schutz der Untermieter. Das Land Wien könnte eine Abgabe für ungenützte Wohnungen einheben. In Wohnungssachen seien Geheimverhandlungen nicht zielführend, denn mit den Vertretern der ÖVP sitzen stets die Hausherrn am Verhandlungstisch, die nur durch den Druck der breiten Öffentlichkeit zu Konzessionen veranlaßt werden könnten. Es gäbe auch die Möglichkeit, die Vorschläge der Parteien in einer Volksbefragung der Bevölkerung vorzulegen.

GR. Maller ging sodann auf die Frage der Kleingartensiedlungen ein und kritisierte die Absiedlungen von Schrebergärtnern ohne Beistellung eines Ersatzgrundstückes. Ferner wies er auf die Notlage jener Siedlungsgenossenschaften hin, deren Baurechtsverträge mit der Stadt Wien aus der Zwischenkriegszeit stammen. Diese Verträge müßten den geänderten Verhältnissen angepaßt werden.

Die KLS-Fraktion könne den Ansätzen der Geschäftsgruppe IX keine Zustimmung erteilen.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) bedauerte, daß in der Wohnungsfrage alles beim alten geblieben sei, auch die Zahl der Wohnungssuchenden. Die Hoffnungen auf konkrete Ergebnisse der Wohnungsverhandlung in der Regierung hätten sich nicht erfüllt. Nicht einmal Teillösungen seien erreicht worden.

Es gäbe noch immer keine öffentliche Kontrolle für die Wohnungsvergebung. Wenn man schon die Gründe für die Zuweisung nicht bekanntgeben will, könnte man doch Namen und Anschrift der Eingewiesenen veröffentlichen. Daß dies nicht geschieht, sei ein psychologischer Fehler, der in der Öffentlichkeit ein falsches Bild der Sachlage hervorrufe. Die FPÖ werde den Ansätzen der Geschäftsgruppe IX nicht zustimmen.

GR. Leinkauf (ÖVP) erklärt, daß ihn Vorkommnisse der letzten Zeit dazu bewogen haben, das Auhoflager zu besuchen. Die Zustände, die zum Teil in diesem Lager herrschen, sind wirklich erschütternd, vor allem wenn dadurch Kinder betroffen werden. Die Fürsorge müßte gerade diesen Kindern viel mehr Augenmerk zuwenden. Als unnötig erachtet er die Bewachung durch die Rathauswache. Es gibt schließlich Menschen, die sich schon durch eine Uniform allein gereizt fühlen, außerdem sei diese Maßnahme nicht notwendig. Der Redner appelliert, alles zu unternehmen, um zur Errichtung eines modernen Obdachlosenhauses zu kommen. Außer einem menschlichen und sozialen Problem, sei dieses Lager auch ein kulturelles, da es an der Einfallsstraße nach Wien liegt. Viele Fremde kommen an diesem Lager vorbei, und könnten bei näherem Hinsehen den schlechtesten Eindruck von unserer Stadt bekommen. Wir müssen rasch an die Arbeit gehen, denn schließlich ist Wien eine Stadt, die wie keine andere als Europa-Hauptstadt prädestiniert ist, und sich ein derartiges Lager auch aus diesem Grunde nicht leisten kann.

GR. Dr. Bohmann (SPÖ) ging auf die Ausführungen von Stadtrat Glaserer ein, der unter anderem darauf verwiesen hatte, daß die Zahl der Vormerkungen von Wohnungsuchenden im Jahr 1965 um 824 reduziert werden konnte. Derzeit haben wir einen Stand von etwas mehr als 28.900 Vorgemerkten. Diese Tatsache könnte dazu verleiten, die Situation vielleicht ein kleinwenig optimistisch zu beurteilen. Wenn man aber die ungeheuren Leistungen, die die Gemeinde Wien gerade auf dem Wohnungssektor vollbringt, in Betracht zieht, erscheint daran gemessen der erzielte Erfolg als zu gering. Leider müssen 50 Prozent des Wohnraumes, den wir im sozialen Wohnungsbau schaffen, nur dazu verwendet werden, um den sogenannten akuten Wohnungsnotstand zu beseitigen. Mehr als 2.000 Wohnungen mußten heuer allein für die dringendsten Fälle, wie Obdachlosigkeit, Ass nierungs- und Einsturzfälle, verwendet werden.

Die Gemeindeverwaltung wird sich selbstverständlich auch nicht der Aufgabe entziehen, Wohnungen für Schwerstbehinderte einzurichten. Es sei aber kaum zweckmäßig, bei der Wohnbauplanung solche Wohnungen konzentriert einzuplanen, da ja gerade ein körperlich behinderter Mensch eine Wohnung möglichst nahe seiner Arbeitsstätte bekommen müßte.

Leider liegt aber nicht nur die Bereitstellung von Wohnungen auf den Schultern der Gemeinde Wien, sondern auch die Reduzierung des qualitativen Notstandes, der gerade in unserer Stadt sehr groß ist. Die breite Masse der Bevölkerung ist ja nicht in der Lage, eine Wohnung aus eigenen Mitteln anzuschaffen und hofft daher auf die Hilfe der Gemeinde.

Durch die glücklicherweise steigende Geburtenzahl, die Zuwanderung und durch die höhere Lebenserwartung werden wir also auch in Zukunft zu keiner spürbaren Erleichterung auf dem Wohnungssektor kommen. Ein Viertel der Wiener Wohnungen ist städtischer Besitz und unterliegt einer vernünftigen sozialen Bewirtschaftung. Drei Viertel der Wohnungen sind aber in privater Hand, und dort ist in den meisten Fällen nicht der Mensch das Maß aller Dinge, sondern der Profit. So wird heute für eine Zweizimmer-Wohnung eine Ablöse von 100.000 Schilling und mehr verlangt. Viele Privatwohnungen werden zweckentfremdet als Büro, Lagerräume oder für Garagen verwendet. Es müßte daher auch der private Wohnungsbesitz dazu verpflichtet werden, bei der Verbesserung des akuten und qualitativen Notstandes mitzuhelfen. Das sei kein unbilliges Verlangen, und dieses werde daher heute bereits von weiten Kreisen, nicht nur von den Sozialisten, erhoben.

Wir haben es mit Bedauern zur Kenntnis genommen, daß die Beratungen über die Regelung der Mietenfrage abgebrochen wurden. Sie sind gescheitert, weil die Frage des Mietzinses nicht gelöst werden konnte; die Hausbesitzer verlangten eine sofortige Mietzinserhöhung.

In der Wohnungsfrage leistet die Gemeinde Wien einen echten und positiven Beitrag, indem sie baut, baut und wieder baut. (Zwischenruf von GR. Leinkauf, ÖVP: Prinke baut auch!) Dazu ist zu sagen, daß jeder Wohnraum, der mit öffentlichen Mitteln errichtet wird, auch der öffentlichen Bewirtschaftung unterliegen müßte. (Zurufe aus den Bänken der ÖVP-Mandatäre: Richtig! Damit sind wir einverstanden!)

Vizebürgermeister Slavik hat in der Generaldebatte als Ziel bekanntgegeben, rund 15.000 Wohnungen jährlich zu schaffen.

Da der gegenwärtige alte Wohnungsbestand auf rund 250.000 Einheiten geschätzt wird, sollte es mit dem Bau von 15.000 Wohnungen jährlich möglich sein, in 18 bis 20 Jahren diesen Altbestand zu erneuern.

Wenn ÖVP-Gemeinderat Dr. Bauer vom "Zinsgeier des Stadtkapitalismus" gesprochen hat, dann muß man ihm empfehlen, den kapitalistischen Wohnbau in Wien zu studieren, denn auch in Wien gibt es so etwas - zum Beispiel am Modenapark, wo bereits vor fünf Jahren der monatliche Mietzins pro Quadratmeter 50 Schilling kostete, so daß für eine Durchschnittswohnung 2.000 bis 3.000 Schilling Zins gezahlt werden müssen. Das ist kapitalistischer Wohnungsbau, nicht der Wohnungsbau der Gemeinde Wien.

Die SPÖ-Fraktion wird den Ansätzen zustimmen.

GR. Hahn (ÖVP) erklärt, er habe es erwartet, daß die KLS-Fraktion auch heute ihre neue Linie fortsetzen werde, die ÖVP anzugreifen und die SPÖ mit Samtpfoten zu behandeln. Wenn GR. Maller von der ÖVP als Hausherrnpartei gesprochen hat, dann ist dazu zu sagen: Die ÖVP ist stolz darauf, daß sie seit 1945 in Österreich 200.000 Häuser für Hausherrn, nämlich für Eigenheimbesitzer, schaffen konnte, unter denen es zahlreiche Arbeiter gibt.

Zum Problem der rückwirkenden Grundsteuererhöhungen stellt GR. Hahn die Frage, wieso im Gemeinderatsausschuß IX im Jahr 1965 beim Siedlungs- und Kleingartenwesen drei Erhöhungen beschlossen werden mußten, so daß der Voranschlagsansatz mit 3,330.000 Schilling bereits um das Dreifache überschritten wurde - und das nicht bei den Villenbesitzern, sondern bei den städtischen Kleingärten. Wieso sind im Voranschlag 1966 nur 1,459.000 Schilling vorgesehen? Dieser Ansatz scheint nicht richtig zu sein, denn drei Millionen bisherige Erhöhungen können auch durch Ratenzahlungen bis 1963 nicht so aufgeteilt werden, daß nur eine jährliche Erhöhung von 300.000 Schilling herauskommt. Auch die Mieter in Gemeindebauten werden höher belastet werden als nur mit zusätzlichen vier Millionen.

Zur Mietenentwicklung in den Gemeindebauten erklärt GR. Hahn, daß die Mieteneinnahmen der Gemeinde Wien innerhalb von fünf Jahren (von 1960 bis 1964) bei in diesem Zeitraum errichteten knapp 20.000 Wohnungen von 117 auf 179 Millionen gestiegen sind, das ist eine Erhöhung um 62 Millionen oder um mehr als 50 Prozent, und zwar bei einem Wohnungsplus von zirka 15 Prozent. Es ist also zu fragen, ob das SPÖ-Plakat, nach dem die SPÖ uns vor Mietenerhöhungen bewahrt, auch auf die Gemeindebauten anzuwenden ist.

Der Redner erinnert sodann an einen Antrag der ÖVP von 1962, in dem verlangt wurde, die Jahresdurchschnittsmieten nach der jährlichen Gesamtbaukostensumme zu berechnen, um Mieter von besonders ungünstigen Projekten nicht zu benachteiligen. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Als krasses Beispiel für eine Benachteiligung nennt der Redner einen Gemeindebau in der Negerlegasse im zweiten Bezirk, in dem für eine Wohnung der Type C 400 Schilling Miete verlangt werden, um die Ecke am Czerninplatz jedoch für die gleiche Wohnung 600 Schilling. Die Mieter vom Czerninplatz verstehen natürlich nicht, warum sie im gleichen Haus um die Hälfte mehr zahlen müssen.

Sodann richtet der Redner an den Berichterstatter die Frage, wie hoch im Jahr 1965 der höchste, der niedrigste und der durchschnittliche Monatszins in den Gemeindebauten ist.

Es wäre zu erwägen, ob nicht vom Gemeinderat eine Mietenhöchstbelastung wie es auch im sozialistischen Antrag Pittermann-Froksch bei der Finanzierung der Wohnungsneubauten mit einer höchstzumutbaren Belastung von fünf Schilling pro Quadratmeter vorgesehen ist, beschlossen werden soll.

Zur Verteilung der Wohnungen stellt der Redner fest: Zunächst wäre es wichtig, zu wissen, wie die 29.000 Vorgemerkten sich nach Familienstand und Kinderanzahl aufteilen. Dem Statistischen Jahrbuch der Stadt Wien 1964 ist folgende interessante Aufschlüsselung der 6.343 in Gemeindewohnungen eingewiesenen Mieter zu entnehmen: eingewiesen wurden 888 Einzelpersonen oder 14 Prozent, 1.619 Ehepaare ohne Kind und 2.041 Ehepaare mit einem Kind. Das sind 57 Prozent der Eingewiesenen in Zwei-Zimmerwohnungen.

Hingegen wurden nur 1.594 Familien mit zwei und drei Kindern, das sind 24,7 Prozent, und 201 Familien mit vier bis elf Kindern, das sind drei Prozent, in Gemeindewohnungen eingewiesen. Das Verhältnis 57 Prozent zu 24 Prozent erscheint äußerst ungerecht.

Stadtrat Glaserer hat es selbst auch gesagt, daß man das Wohnungsproblem auf den gemeindeeigenen Sektor allein nicht lösen könne. Dem Stadtrat stehen zur Erfüllung der sozialen Fälle maximal 3.000 Wohnungen jährlich zur Verfügung. Man sollte daher keine falschen Hoffnungen bei den Wohnungssuchenden erwecken.

Bei der neuen Wiener Wohnbauaktion zeigt sich deutlich, daß die Nachfrage nicht so groß ist, weil die Tilgungsraten zu hoch sind. Das kann doch nicht Sinn eines sozialen Wohnungsbaues sein.

Er sei auch der Meinung, daß die Jugend bereit sei, zum Erwerb einer eigenen Wohnung beizusteuern. Die jungen Leute verstehen, daß man von ihnen Opfer verlangt. Sie verstehen aber nicht, daß Ehepaare, denen es besser geht, oft verhältnismäßig rasch eine Gemeindewohnung erhalten.

Der Redner bringt dann einen Antrag ein, in dem es heißt, daß Gemeinnützige Baugenossenschaften und Wohnbaugesellschaften, die sich verpflichten, in ihren Bauten beim Wohnungsamt vorgemerkte Wohnungssuchende aufzunehmen, bei der Zuteilung von öffentlichen Wohnbaumitteln, zu denen von Wien gesetzlich vorgeschriebene Zuschüsse geleistet werden, und bei der Vergabe von Baurechtsgründen bevorzugt berücksichtigt werden sollen. Dazu sollen Bestimmungen ausgearbeitet werden, wonach die Gemeinde Wien für sozial bedürftige Wohnungswerber den erforderlichen Baukostenzuschuß - je nach Familienstand und Einkommen gestaffelt - an die Wohnungsgenossenschaften direkt überweist oder den Wohnungswerber für die Bezahlung des Baukostenzuschusses ein langfristiges unverzinsliches Darlehen gewährt. Wenn dieser Antrag angenommen wird, dann haben wir in der Bundeshauptstadt einen eigenen Beitrag zur Linderung des Wohnungsproblems geleistet.

Abschließend erklärt der Redner im Namen der ÖVP-Fraktion, den Ansätzen für das Wohnungswesen zuzustimmen.

GR. Windisch (SPÖ) stimmt mit seinem Vorredner überein, daß die Gemeinde Wien allein das Wohnungsproblem in Wien nicht lösen können wird. Er verweist darauf, daß von den 717.000 Wohnungen, die es derzeit in Wien gibt, 65 Prozent vor dem Jahr 1919 gebaut wurden.

Das Gerede von der möglichen Modernisierung der Altwohnungen glaubt niemand mehr, wenn er sieht, in welchem Zustand sich diese Altwohnungen befinden. Der überwiegende Teil muß beseitigt werden. Wir werden bei der Lösung dieses Problems nur weiterkommen, wenn wir den Mut haben und vom Bundesgesetzgeber die Möglichkeit bekommen, großzügigst zu assanieren, das heißt, ganze Stadtviertel zu beseitigen, bei denen keine Bedenken hinsichtlich des historischen Werts bestehen. Das muß unter weitestgehender Berücksichtigung der dort wohnenden Menschen und der Geschäftsleute geschehen.

Gemeinderat Dr. Bauer und Gemeinderat Hahn haben bedauert, daß es im Bund zu keiner Lösung des Gesamtproblems gekommen ist. Sie hätten aber auch sagen sollen, warum es nicht dazu kam. Es kam nicht dazu, weil wir die Forderung der Volkspartei nach genereller Erhöhung der Mietzinse abgelehnt haben. (Widerspruch bei der ÖVP.) Wenn Dr. Bauer weiter von einem linksmonopolistischen Wohnungsbau gesprochen hat, dann kennt er offensichtlich die Bautätigkeit des Vereins der Freunde des Wohnungseigentums nicht. Er wird doch nicht den Prinke-Verein als linksmonopolistisch bezeichnen. Es stimmt auch nicht, daß, wie er sagt, für die Wohnung nichts, für alles andere alles ausgegeben wird. Es stimmt jedenfalls nicht bei den jungen Menschen. Von zehn jungen Menschen, die zu mir kommen, sind acht bereit, auch für den Erwerb einer Wohnung etwas zu bezahlen. Die anderen zwei sind nicht bereit, weil sie nicht mehr können, weil sie schon Kinder haben. Und für diese wird immer wieder die Gemeinde Wien einspringen müssen.

Gemeinderat Dr. Schmidt meinte, die Zahl der Wohnungssuchenden sei gleich geblieben. Damit aber kein falsches Bild entsteht, muß man hinzufügen, daß die vorgemerkten Personen nicht die gleichen sind. Und wenn er sich gegen den Wohnungsschacher wendet, dann rennt er bei uns offene Türen ein.

Gemeinderat Maller hat gefragt, wie sich die Regierungsparteien die Lösung des Wohnungsproblems vorstellen. Für die Sozialistische Partei kann ich ihm antworten, er möge sich unser "Programm für Österreich" durchlesen. Danach soll die jährliche Wohnbaukapazität auf 50.000 Wohnungen erhöht, der Besitz mehrerer aus öffentlichen Mitteln erbauten Wohnungen unterbunden, billige Baugründe zur Verfügung gestellt, der Wohnungstausch erleichtert werden usw. Das wollen wir verwirklichen, wenn uns die Bevölkerung dazu in die Lage versetzt oder wenn die Volkspartei auf Bundesebene eine vernünftige Haltung einnimmt, als bisher.

Die Kinder im Lager Auhof sind tatsächlich sehr zu bedauern. Man sollte sich um sie seitens der Fürsorge mehr kümmern, sofern dort asoziale Menschen leben, sollte man versuchen, die zu resozialisieren, indem man sie auf die ganze Stadt verteilt. Das Problem liegt nicht darin, daß die Gemeinde dort zu wenig tut, sondern darin, daß dort Menschen zusammenkommen, die sich zum Teil selbst aus der Gesellschaft ausgeschlossen haben oder aus der Gesellschaft ausgestoßen wurden.

Wir nehmen mit Befriedigung zur Kenntnis, daß in dem von GR. Hahn verlesenen Programm des Katholischen Familienverbandes nichts mehr über die Mieten enthalten ist. In dem Programm aus dem Jahre 1963 war noch die Forderung nach Erhöhung der Mieten für Sicherung des Althausbestandes enthalten. Wir nehmen diesen Wandel in der Gesinnung mit Befriedigung zur Kenntnis.

Stellen wir das Wohnungsproblem unserer Stadt außer jede böswillige parteipolitische Diskussion, betrachten wir den Mieterschutz als eine Selbstverständlichkeit und tun wir alles, um den Menschen mit Wohnungsproblemen ihre Sorgen zu erleichtern.
(Beifall bei SPÖ und ÖVP)

In seinem Schlußwort stellt Stadtrat Glaserer zu der Forderung nach Wohnungen für ehemalige Hausbesorger fest, daß in den letzten zehn Jahren mindestens 5.000 alte Hausbesorger in Alte Leute-Wohnungen untergebracht wurden. Allerdings wäre es nicht möglich gewesen, eine so große Zahl von Hauswarten und anderen alten Menschen unterzubringen, wenn man sich nur auf

Alte Leute-Wohnungen beschränkt hätte. Viele alte Menschen wollen in diesen Wohnungen leben, andere leben wieder lieber in einer Gemeinschaft.

GR. Dr. Stürzer hat mehr Garconnièren für Einzelpersonen verlangt. Bis 1961 waren zehn Prozent der erbauten Wohnungen A-Typen, seither liegt ihr Anteil zwischen fünf und sieben Prozent. Bei einem anderen Kapitel hat ein ÖVP-Sprecher beantragt, eine Neuaufschlüsselung vorzunehmen und sieben Prozent A-Typen vorzusehen. Was hier gefordert wird, das bauen wir! (GR.Hahn, ÖVP: Auf dem Papier!) Nicht nur auf dem Papier!

GR. Maller muß die Feststellung, unter welchem Druck wir auch durch Interventionen von Mandataren stehen, eine große Selbstüberwindung gekostet haben, denn er gehört auch dazu (Heiterkeit).

Würde man Name und Anschrift der Ungesiedelten plakatieren, dann würden Gerüchte entstehen. Man müßte auch den Grund angeben - etwa eine Krankheit - und dagegen wende ich mich.

Was vom Substanzverlust an Kleingärten gesagt wurde, stimmt nicht. Es gibt heute wie eh und je rund 6 Millionen Quadratmeter Kleingartenfläche in Wien. Nur erfolgt eine Umsiedlung dieser Flächen aus dem Stadtzentrum an die Peripherie. Vielleicht ist die Zahl der Kleingärtner etwas geringer, aber nicht, weil es weniger Flächen für sie gibt, sondern weil Parzellen von 80 bis 100 Quadratmeter nicht mehr in unsere Zeit passen und eine Mindestgröße von 200 bis 250 Quadratmeter angestrebt wird. Bei Absiedlungen wurden stets alle berücksichtigt, die eine neue Kleingartenparzelle haben wollten.

In der Wohnungsfrage kann es keine Maßnahme geben, die eine sofortige Gesamtlösung bedeuten würde. Möglich sind immer nur Milderungen und Verbesserungen des derzeitigen Zustandes. Wir haben in Wien 220.000 bis 230.000 typische Mietzinswohnungen aus der Gründerzeit, die ein unerhört schwieriges Erbe darstellen. Unverständlich ist, wie Gemeinderat Dr. Schmidt einen Zusammenhang zwischen der Zuweisungspraxis der Gemeinde und den immer wieder auftretenden Wohnungsschwindlern herstellen konnte. Es wurde von dieser Stelle schon oft gesagt, daß sich niemand hineinlegen lassen soll, weil es völlig unmöglich ist, eine Gemeindewohnung durch Bestechung zu erhalten.

Schuld an den Unzukömmlichkeiten sind nicht die Nichtveröffentlichung der Eingewiesenen, sondern jene Parasiten der Gesellschaft, die die Wohnungsnot ausnutzen.

Die Zeitungsmeldungen über die Vorkommnisse im Lager Auhof waren reichlich übertrieben. Es hat sich dabei einfach um eine "b'soffene G'schicht" gehandelt, wie sie in vielen Gasthäusern vorkommt. Richtig ist, daß es nun an der Zeit ist, das Auhof-Lager aufzulösen. Es besteht der Plan, das Obdachlosenheim in der Gänsbachergasse zu erweitern. Die Verteilung der Bewohner des Auhof-Lagers über das ganze Stadtgebiet ist nicht so einfach, die Konzentration auf einige Viertel aber wäre bedenklich. Kinderreiche Familien werden bereits jetzt bevorzugt aus den Obdachlosenheimen und aus dem Auhof-Lager abgesiedelt.

Behindertenwohnungen dürfte man nicht in ~~eigenen Häusern~~ oder Stadtvierteln konzentrieren. Am besten ist noch immer die individuelle Behandlung, die den Grad der Körperbehinderung, die Familiengröße und den Arbeitsplatz des Betreffenden berücksichtigt. Schwere Fälle müssen wenigstens in der Nähe der Verwandtschaft untergebracht werden. In jedem Jahr werden zahlreiche derartige Fälle von der Gemeinde in geeignete Wohnungen eingewiesen. In diesem Jahr waren es 255. Auf jeden Fall aber muß man die Körperbehinderten aus dem politischen Streit heraushalten.

In der Frage der Grundsteuerfestsetzung kann die Stadt Wien selbst nichts unternehmen; es können auch noch keine endgültigen Durchschnittswerte errechnet werden, weil die Bescheidausstellung noch nicht abgeschlossen ist. Bis jetzt hat sich bei den Mietzinsen eine durchschnittliche Erhöhung von 21,5 Groschen ergeben. Erleichterungen werden nach Möglichkeit gewährt, aber die gestundeten Beträge müssen bis 1968 bezahlt sein, weil 1969 neue Parlamentsbeschlüsse über die Grundsteuer gefaßt werden.

Das Wort von den Mietererhöhungen war ein kleiner demagogischer Seitensprung von Gemeinderat Hahn.

Denn er weiß genauso wie wir, daß es keine Mietenerhöhungen in Gemeindewohnungen gibt. Seit 1959 werden zwei Prozent des Bauaufwandes jährlich als Miete eingehoben. Davon wird ein Prozent als Wertabschreibung und ein Prozent für Erhaltung und Verwaltung verwendet. Der Zins ist also von den Baukosten abhängig und steigt mit diesen. Für die einmal bezogene Wohnung aber bleibt er gleich. So sind die Mietzinse für die ersten Wohnhauswiederaufbauwohnungen, die seinerzeit als sehr hoch empfunden wurden, heute durchaus durchschnittlich. Wenn die Geldverdünnung so weitergeht, werden auch die derzeit festgelegten Mietzinse in absehbarer Zeit als normal erscheinen. Der durchschnittliche Mietzins pro Quadratmeter beträgt rund fünf Schilling netto, im Montagebau jedoch 4.500 Schilling, was als großer Erfolg dieser Bauweise zu werten ist.

Bei dem angeführten Beispiel in der Greinergasse handelt es sich um eine Lückenverbauung, die dementsprechend teuer ist. Wäre dieser Bau an eine Genossenschaft vergeben worden, wie es die OVP immer wieder fordert, wären die Wohnungen so teuer gekommen, daß sie sich kein Durchschnittsverdiener hätte leisten können.

Die Rechnung, wie lange es dauert, bis man bei unserer derzeitigen Wohnbautätigkeit und der Zahl der vorgemerkten Fälle zu einer Wohnung kommt, bezeichnet der Referent als falsch. Schließlich kommen immer wieder Notstandsfälle dazwischen, die auch dann berücksichtigt werden müssen, wenn die Betroffenen über keinen Vormerkschein verfügen. Wir können auch nie alle Fälle der verschiedensten Sparten in der Bedürftigkeit auf einmal lösen. Wenn wir aber nicht imstande sind, alle gleich gelagerten Fälle in absehbarer Zeit einer Sanierung zuzuführen, werden alle erledigten Ansuchen, in den Augen der anderen als Protektionsfälle gewertet werden. Es ist sehr schwierig, eine gerechte Wohnungsvergebung zu haben. Der Stadtrat versichert jedoch, daß seine Mitarbeiter und er ständig bemüht sind, zu einer möglichst vollkommenen Gerechtigkeit zu kommen.

GR. Hahn hat von den Zuwanderungen gesprochen und davon, daß diese Leute gesundheitsschädliche Wohnungen beziehen, aus denen sie dann herauswollen. Leider läßt der Hausbesitzer diese Wohnungsbesiedlung zu, ja er verlangt dafür vielfach noch eine Ablöse. Meistens sind es junge Ehepaare, die wegen besserer

Arbeitsbedingungen aus den Bundesländern nach Wien kommen. Sie beziehen eine schlechte Wohnung, weil sie oben keine andere gefunden haben, und bekommen dann nach einigen Jahren Kinder, die bei einem Heranwachsen in diesen ungesunden Wohnungen natürlich gesundheitlich schwer geschädigt würden. Diese Kinder sind aber in Wien geboren, daher auch Wiener Kinder und die Wiener Bevölkerung müßte, wenn die gesundheitsschädliche Wohnung ihre Rückwirkung auf die Kinder hat, für sie sorgen. Es ist also nur richtig, wenn man diese Familien mit Rücksicht auf die Kinder aus den schlechten Wohnungen herausnimmt.

Festzustellen, daß eine Wohnung erst familiengerecht ist, wenn sie mindestens 75 Quadratmeter groß ist, sei falsch. Familiengerecht ist eine Wohnung dann, wenn sie ausreichenden Platz sowohl für die Alten wie auch für die Jungen bietet.

Den Antrag von Präsident Mühlhauser und GR. Hahn ersucht der Referent zuzuweisen.

Er stellt abschließend fest, daß einen Großteil der aufgeworfenen Fragen GR. Windisch bereits beantwortet hat. Er bittet daher nur mehr, den Ansätzen des IX. Hauptstückes die Zustimmung zu erteilen.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des IX. Hauptstückes mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

Der Antrag der ÖVP wird zur Behandlung einstimmig zugewiesen.

Der Vorsitzende, GR. Planek, unterbricht hierauf die Sitzung. Die Beratungen werden Montag, den 20. Dezember, um 9 Uhr, mit der Behandlung der Geschäftsgruppe X, Wirtschaftsangelegenheiten, fortgesetzt. Referent ist Stadtrat Dr. Pius Prutscher (ÖVP).

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -